



Was als wirtschaftspolitisches Forum begann, hat sich in diesen Januartagen zur Bühne für ein geopolitisches Kräftemessen entwickelt: Das **Weltwirtschaftsforum in Davos** wurde von der **neuen transatlantischen Auseinandersetzung um Grönland** überlagert – einem bis dato weitgehend randständigen Thema, das nun zum **Testfall europäischer Geschlossenheit** und zum Symbol der Rückkehr harter Machtpolitik geworden ist. Im Zentrum steht der französische Präsident **Emmanuel Macron**, dessen mit Spannung erwartete Rede am Dienstag zu einem diplomatischen Signal in alle Richtungen geriet.

Bereits zum Auftakt am Montag hatte der US-Präsident **Donald Trump** das Thema in einer Weise auf die Agenda gesetzt, die viele Delegierte überraschte. Während Davos traditionell dem Austausch über Wirtschaft, Klimapolitik oder Digitalisierung dient, präsentierte Trump den **grönländischen Eiskontinent als sicherheitspolitisches Schlüsselgebiet**, das unter amerikanische Kontrolle gebracht werden müsse. Für Mittwoch kündigte er eine **„Zusammenkunft aller beteiligten Parteien“** an – eine diplomatisch mehrdeutige Formel, die im Kern einen erneuten Anlauf zur Einflussnahme auf das zu Dänemark gehörende autonome Gebiet bedeutet.

Ein geopolitisches Rückfallmuster

Trump knüpft damit an eine bereits während seiner ersten Amtszeit formulierte Idee an, Grönland zu „erwerben“ – nun jedoch unter verschärften sicherheitspolitischen Vorzeichen. Angesichts wachsender Präsenz **russischer und chinesischer Aktivitäten im arktischen Raum** stilisiert Washington die Insel zum strategischen Bollwerk gegen autoritäre Großmächte. Die jüngsten US-Äußerungen gehen dabei weit über symbolische Rhetorik hinaus: Trump drohte offen mit **Strafzöllen von bis zu 200 % auf französische Weine und Champagner**, sollte Paris seine ablehnende Haltung zur US-Strategie nicht revidieren.

Die Antwort Europas ließ nicht lange auf sich warten. **EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen** kündigte in Davos eine „klare, geschlossene und verhältnismäßige“ Reaktion auf die handelspolitischen Drohungen aus Washington an. Sie unterstrich zugleich, dass die Europäische Union nicht gewillt sei, unter Druck von außen grundlegende Prinzipien wie territoriale Integrität, völkerrechtliche Normen und multilaterale Absprachen infrage zu stellen.

Macrons Rede: diplomatische Klarheit statt Eskalation

Vor diesem Hintergrund wurde **Emmanuel Macrons Auftritt** am Dienstag mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt. Um 14 Uhr trat der französische Präsident ans Rednerpult – und nutzte die Gelegenheit für eine **grundsätzliche Positionierung Europas** im neuen



geopolitischen Spannungsfeld. Ohne Trump beim Namen zu nennen, kritisierte Macron die jüngsten US-Äußerungen als „**ökonomische Einschüchterungsversuche**“, die den Geist transatlantischer Partnerschaft untergraben. „**Kooperation beruht auf Respekt, nicht auf Zoll-Erpressung**“, so Macron wörtlich.

Dabei blieb es nicht bei prinzipiellen Appellen. Macron warnte eindringlich vor den **ökonomischen Folgen eines neuen transatlantischen Handelskonflikts**, der das Vertrauen von Investoren beschädigen und weltweite Märkte destabilisieren könnte. Bereits am Vortag hatten asiatische Börsen negativ auf die Eskalation reagiert; ein starker Anstieg bei Gold- und Silberpreisen signalisierte wachsende Risikoaversion auf den Finanzmärkten.

In der Grönland-Frage stellte Macron unmissverständlich klar: Frankreich stehe zum **souveränen Status des Königreichs Dänemark**, jede einseitige Einflussnahme auf das arktische Gebiet sei inakzeptabel. Die **Wahrung der Stabilität in der Arktis** sei nur im Rahmen multilateraler Foren und auf Basis des Völkerrechts denkbar. Diese Haltung, die auch von mehreren nordeuropäischen Staaten geteilt wird, isoliert die USA zunehmend in dieser Frage – selbst unter traditionellen Verbündeten.

Ein Wendepunkt für das transatlantische Verhältnis?

Die Entwicklungen in Davos lassen sich kaum als diplomatische Episode abtun. Vielmehr deutet sich ein **tiefergehender Bruch im transatlantischen Gefüge** an. Was lange als temporäre Verstimmung zwischen Washington und Brüssel galt, nimmt nun die Form **strukturierter Interessenkonflikte** an. Trump verfolgt eine nationalistische Agenda, die auf strategische Dominanz abzielt; die EU hingegen versucht, auf Grundlage von Regeln und Verträgen Ordnung zu sichern. Das Grönland-Dossier ist dabei lediglich Symptom eines größeren Konflikts um die **Zukunft der regelbasierten Weltordnung**.

Mehrere europäische Regierungschefs sprachen sich in Davos gegen **voreilige Gegenmaßnahmen** aus – wohl auch, um eine Eskalationsspirale zu vermeiden. Doch die Frage, ob Europa der amerikanischen Provokation mit wirtschaftlicher Härte begegnen oder diplomatische Zurückhaltung üben sollte, bleibt ungelöst. Für Macron wird die nächste Woche entscheidend: Eine **außerordentliche Sitzung des Europäischen Rates** in Brüssel soll eine gemeinsame Strategie abstimmen. Zugleich plant Trump bilaterale Gespräche mit mehreren europäischen Staaten am Rande des Forums – ein Vorgehen, das europäische Geschlossenheit weiter auf die Probe stellen dürfte.

Das diesjährige Weltwirtschaftsforum wird in Erinnerung bleiben als jene Ausgabe, in der nicht Digitalisierung oder Dekarbonisierung im Zentrum standen, sondern die **geopolitische**



Rückkehr territorialer Konflikte und wirtschaftlicher Drohgebärden. Davos war in der Vergangenheit ein Ort der globalen Verständigung – 2026 wurde es zur Arena für einen Machtkampf um die Arktis.

Autor: Andreas M. Brucker